

**Dr. h. c. Hans Michelbach**

- (A) Gestaltung zu kämpfen. Die Tendenz, Risiken mehr und mehr zu vergemeinschaften, und die gleichzeitig bestehende Möglichkeit, dass auf nationaler Ebene jeder mit seiner Verschuldung so umgeht, wie er will, passen nicht zusammen. Das geht nicht in einem offenen Markt.

Der EU-Gipfel am 9. Dezember muss Krisenbewältigungsmechanismen voranbringen.

(Manfred Zöllmer [SPD]: Es wäre schön, wenn Sie damit mal anfangen würden!)

Wir wollen nicht, dass die Interessen der Wall Street an erster Stelle stehen. Wir haben klare Vorstellungen: Die EU-Verträge müssen geändert werden. Eine europaweite Schuldenbremse muss eingeführt werden. Haushaltssünder müssen stärker zur Rechenschaft gezogen werden. Haushaltssanktionen müssen automatisch greifen. Das Funktionieren der Währungsunion muss und kann verbessert werden. Die Finanzmarktaufsicht muss gestärkt werden. Die europäischen Aufsichtsbehörden müssen vorankommen. Der Stabilitätspakt muss verbessert werden. Die wirtschaftspolitische Koordinierung und Überwachung müssen gestärkt werden.

(Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Dann setzen Sie die Regierung doch mal unter Druck!)

Nationale Strukturreformen müssen durchgesetzt werden. Der Krisenmechanismus muss weiter ausgebaut werden. Die Finanzmarktregulierung einschließlich Basel III muss fortgesetzt werden. Das sind die Wege, die wir beschreiten müssen und die wir engagiert beschreiben.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir wollen keinen Länderfinanzausgleich auf europäischer Ebene, wie Sie das wollen.

(Manfred Zöllmer [SPD]: Was wollen Sie denn?)

Wir wollen die bewährte IWF-Praxis, dass ein Kredit nur unter Auflagen vergeben wird, beibehalten. In Europa muss Eigenverantwortung herrschen. Das Subsidiaritätsprinzip muss gelten. Alles andere wäre ein Irrweg.

(Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Da klatscht keiner bei Ihnen! Merken Sie das denn gar nicht?)

Eine Konzeption zur Krisenbekämpfung ist bei der Opposition nicht zu erkennen. Sie werben für Schuldgenossenschaften durch Euro-Bonds in Europa. Das geht zulasten Deutschlands. Als Genossen ist Ihnen die Gleichmacherei aller Schulden ja durchaus geläufig. Es ist aber ein Irrglaube, wenn man meint, dass Deutschland den Krisenländern etwas Gutes täte, indem es die eigene Position verschlechtern würde. Man muss selbst stark bleiben. Das muss unsere Position sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Deutschland muss leistungsfähig und wettbewerbsfähig bleiben, nur dann können wir helfen. Das muss die Ausgangslage sein. Es ist ein völliger Irrglaube, zu denken, man würde diesen Ländern und den Menschen in den Schuldnerstaaten mit Euro-Bonds etwas Gutes tun.

- (C) Genau das Gegenteil ist der Fall: Durch die Vergemeinschaftung von Schulden und Zinsen geht der Anreiz für die Länder verloren, ihre Hausaufgaben zu machen und ihre Staatsfinanzen in Ordnung zu bringen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Euro-Bonds würden den Falschen bestrafen. Deutsche Steuerzahler würden dann die Zeche für solche Länder zahlen, die schlecht wirtschaften. Das kann nicht sein. Unterschiedliche Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit muss sich marktgerecht in unterschiedlichen Zinssätzen niederschlagen. Das ist das Prinzip der Ordnungspolitik.

(Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Wer soll nach der Rede jetzt den Haushalt beschließen?)

Stabilitätsorientierung und ordnungspolitische Leitlinien sind der Weg, auf dem wir in Europa in die Zukunft gehen müssen. Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam gehen; es ist der einzige Weg, der zur Stabilität unserer Währung führt.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Jetzt kann die CDU und erst recht die CSU nicht mehr zustimmen!)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Das Wort hat jetzt die Kollegin Petra Merkel für die SPD-Fraktion.

(D)

(Beifall bei der SPD)

**Petra Merkel** (Berlin) (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben die ganze Woche über den Haushalt 2012 diskutiert. Die Argumente sind ausgetauscht.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Genau!)

Deshalb werde ich das Rad jetzt nicht neu erfinden, sondern nur das aufgreifen, was ich am wichtigsten finde.

Das ist natürlich zunächst die Frage, wie groß Ihr Wille und Ihr Ehrgeiz eigentlich sind, die Verschuldung zu senken und so geringe neue Schulden wie möglich zu machen. Nach den Beratungen im Ausschuss und hier in dieser Woche kann ich nur feststellen: Ehrgeizig sind Sie nicht.

(Beifall der Abg. Priska Hinz [Herborn] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie werden in diesem Jahr – 2011 – 22 Milliarden Euro neue Schulden machen; und für das nächste Jahr planen Sie den Haushalt auf der Grundlage von neuen Schulden in Höhe von 26,1 Milliarden Euro, und das bei einem vergleichbaren Haushaltsvolumen von ungefähr 306 Milliarden Euro für diese beiden Jahre. Ich sage Ihnen: Selbst in der Grundschule erkennt man, dass da etwas nicht stimmt

(Beifall bei der SPD)

**Petra Merkel (Berlin)**

- (A) und dass es durchaus die Möglichkeit gibt, weniger neue Schulden aufzunehmen. Die Frage ist doch nur, wann man welche Zahlen – ob im Sommer oder im Herbst – zur Berechnung heranzieht.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Frau Kollegin Merkel, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Barthle?

**Petra Merkel (Berlin) (SPD):**

Im Augenblick nicht, darüber können wir gerne später sprechen. – Bei Ihrer Art der Berechnung kann man noch nicht einmal von einem Vergleich von Äpfeln mit Birnen sprechen. Vielleicht sollte man an dieser Stelle einmal eine schwäbische Hausfrau fragen.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Genau deshalb möchte ich eine Frage stellen!)

Durch Ihr Vorgehen erhöhen Sie in Deutschland den Spielraum für die Neuverschuldung. Gleichzeitig predigen Sie in Europa den drastischen Abbau von Schulden. „Merkel zwingt alle zum Sparen – außer Deutschland“, war eine Überschrift im *Handelsblatt* in dieser Woche.

Ich komme zum Umgang der Regierung mit der Schuldenbremse. Auch hier gilt das gleiche Prinzip der Schaffung von Spielräumen. Sie können sich vielleicht erinnern, dass mit dem Haushalt 2011, den wir im Jahr 2010 beraten haben, die erste Stufe für die Schuldenbremse festgelegt wurde. Damals kritisierte nicht nur der Bundesrechnungshof die Festlegung dieser ersten Stufe und damit die Schritte für den Abbau der Neuverschuldung, die Sie, Herr Finanzminister Schäuble, festgelegt haben.

- (B)

Auch in diesem Jahr, 2011, bemängelt der Bundesrechnungshof Ihren Umgang mit der Schuldenbremse, genauer gesagt: Ihre Berechnungsgrundlage:

Stellt man zur Berechnung des Abbaupfades allerdings auf die tatsächliche Nettokreditaufnahme des Jahres 2010 ab, ergeben sich niedrigere Neuverschuldungsspielräume.

Das korrespondiert mit dem, was derzeit bei der Neuverschuldung passiert.

Eindeutig gilt: Sie haben die Stufen für die Treppe des Schuldenabbaus künstlich größer gemacht, und natürlich fragt man sich: Warum?

(Bettina Hagedorn [SPD]: Jawohl!)

Auf jeden Fall wird die Möglichkeit, neue Schulden zu machen, durch diesen Spielraum oder – so kann man es auch nennen – durch dieses Polster immer größer. Angesichts des Mantras von der FDP muss ich sagen, dass darin immer die Möglichkeit liegt, Steuersenkungen auf Pump zu machen. Warten wir auf den nächsten Haushalt!

Dieser Haushalt ist natürlich überschattet von der Euro-Krise, und viele Menschen in Deutschland haben die Sorge: Lässt sich die Regierung von den Finanzmärkten in die Tasche stecken, oder hält die Regierung dagegen? Wie ernsthaft meinen Sie es mit der Regulierung der Finanzmärkte?

(C) Bereits 2008 forderte der damalige Finanzminister Steinbrück die Finanztransaktionsteuer auf dem G-8-Gipfel in Mecklenburg-Vorpommern. Vielleicht erinnern Sie sich noch an die wunderschönen Bilder mit dem riesengroßen Strandkorb. Damals haben die anderen Regierungen das noch vom Tisch gewischt. Lange hat sich diese Bundesregierung gegen die Finanztransaktionsteuer gewehrt, dann hat Finanzminister Schäuble sie aufgegriffen und als Person vertreten. Jetzt, nach zwei Jahren, kommt das Wort „Finanztransaktionsteuer“ selbst der Kanzlerin flüssig über die Lippen, obwohl der Koalitionspartner bestenfalls bis zum „F“ gelangt und den Rest verschluckt.

(Bettina Hagedorn [SPD]: Genau!)

Nun will die Kommission für 2014 einen Vorschlag vorlegen. Das heißt: wieder zwei Jahre vertan. Frau Bundeskanzlerin, lassen Sie nicht zu, dass die Finanztransaktionsteuer auf die lange Bank geschoben wird! Suchen Sie sich Verbündete! Es gibt auch in den europäischen Ländern Regierungen, die die Finanztransaktionsteuer einführen wollen. Stellen Sie sich endlich an die Spitze der Bewegung! Die europäischen Länder brauchen die Einnahmen aus dieser Steuer dringend.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg.  
Dr. Gesine Lötzsch [DIE LINKE])

(D) Nun zu den konditionierten Euro-Bonds. Sie, Frau Bundeskanzlerin, treten im Moment gegen konditionierte Euro-Bonds auf. Man kann voraussagen – nein, ich wette nicht gern –, dass sie irgendwann kommen werden. Sie sagen zu Recht: Die EZB ist eigenständig. Sie sagen aber auch: Nein, wir dürfen nicht die Notenpresse anschmeißen. Ja, was denn nun? Ist die EZB eigenständig oder nicht? Kann man sich einmischen oder nicht? Kann man Vorgaben machen oder nicht?

(Bettina Hagedorn [SPD]: Genau!)

Die EZB muss – ich sage, leider – handeln, weil die Politik und auch Sie, Frau Bundeskanzlerin, nicht entscheiden. Wenn die EZB weiter Staatsanleihen in Europa aufkauft, sind die Euro-Bonds unkonditioniert durch die kalte Küche eingeführt.

(Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]:  
Stimmt doch nicht!)

Denn für die EZB haften natürlich alle europäischen Staaten und damit auch die Bundesrepublik Deutschland.

(Bettina Hagedorn [SPD]: Ja! – Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Aber doch nicht für alle Schulden!)

Damit ist bereits die Vergemeinschaftung der europäischen Schulden umgesetzt, oder anders gesagt: Die Schuldunion gibt es bereits.

(Bettina Hagedorn [SPD]: So ist es! – Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Quatsch!)

Sie schließen konditionierte Euro-Bonds aus und legen keine Alternative vor.

(Beifall bei der SPD)

**Petra Merkel (Berlin)**

- (A) Ich möchte gern einmal den Kommentar von Stephan-Andreas Casdorff aus der heutigen Ausgabe des *Tagespiegel* zitieren:

Anstatt nun aber den Prozess hin zu Euro-Bonds wenigstens mit Regelungen zu gestalten, die diese Bonds an den Märkten wirksam machen, ohne dass sie den Druck von schuldenbelasteten Ländern nehmen, verpasst es die Bundesregierung, den Prozess zu steuern.

Genau das ist es.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU/CSU: Reiner Quatsch!)

Ich bin der Überzeugung, dass man mit dem Ausschließen von Instrumenten – das haben wir ja alle erfahren –

(Bettina Hagedorn [SPD]: Ausschließeritis!)

sehr vorsichtig umgehen muss. Was Sie, Frau Bundeskanzlerin, heute als Tabu aufbauen, wird morgen auf Ihrem Verhandlungstisch liegen.

Ich komme zum Schluss. Das sage ich jetzt in meiner Funktion als Vorsitzende des Haushaltsausschusses: In acht Sitzungstagen haben wir im Haushaltsausschuss insgesamt 47 Stunden das Haushaltsgesetz 2012 beraten. Diesmal waren es übrigens insgesamt 901 Anträge. Am letzten Sitzungstag, am Tag der Bereinigungssitzung, ist es immer so, dass alle Fraktionen die wichtigsten Anträge stellen, über die dann abgestimmt wird. Sie können sich vorstellen: Das kostet Zeit. In diesem Jahr hat die Bereinigungssitzung bis 3 Uhr morgens gedauert.

- (B) An dieser Stelle möchte ich mich ganz besonders bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sekretariats für ihren großen Einsatz bis in die frühen Morgenstunden bedanken. Ohne sie würden wir nicht so lange durchhalten. Herzlichen Dank an alle.

(Beifall im ganzen Haus)

Einen Mitarbeiter des Sekretariats möchte ich an dieser Stelle besonders erwähnen. Das Urgestein des Haushaltsausschusses, Wolfgang Hinz, wird im nächsten Jahr nach 28 Jahren Tätigkeit im Ausschuss in den Ruhestand gehen. Dieser Haushalt war also der letzte, den er im Sekretariat begleitet hat. Im nächsten Jahr wird er die Bundestagsverwaltung verlassen und sich, wie ich denke, die Nächte anderswo um die Ohren schlagen.

(Heiterkeit bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wolfgang Hinz, vielen Dank für die geleistete Arbeit und alles Gute für Sie!

(Beifall im ganzen Hause)

Mein Dank geht an die Ministerinnen und Minister, auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ministerien und in den Fraktionen sowie an unsere eigenen Mitarbeiter in den Abgeordnetenbüros.

(Beifall der Abg. Iris Gleicke [SPD])

Wir alle arbeiten daran, dass die Bereinigungssitzung 2012 nicht wieder bis in den frühen Morgen geht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist unser guter Vorsatz

fürs nächste Jahr. Auch Ihnen danke ich für die gute Zusammenarbeit und fürs Zuhören. (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Als letztem Redner zum Haushaltsgesetz 2012 erteile ich das Wort dem Kollegen Klaus-Peter Flosbach von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

**Klaus-Peter Flosbach (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als letzter Redner blickt man schon auf den einen oder anderen Höhepunkt der Woche zurück. Ich fand einen Höhepunkt besonders prägnant – dafür gab es den meisten Applaus –, nämlich die Aussage des SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel: Deutschland geht es so gut wie lange nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Diese Aussage, mit der er, wie er sich outete, unsere Bundeskanzlerin zitierte, beschreibt genau, was wir in den letzten Jahren erleben: die geringste Arbeitslosigkeit, die höchste Erwerbsquote und – nach der Banken-, Finanz- und Wirtschaftskrise und in der Staatsschuldenkrise – ein Wachstum in den Jahren 2010 und 2011 von 3,6 bzw. 2,9 Prozent. Dies ist der Erfolg einer verlässlichen Politik. Deutschland ist wieder die Lokomotive in Europa. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das ist etwas Außergewöhnliches. Wenn wir nämlich die Jahre 2002 bis 2005, in denen Rot-Grün regierte, betrachten, dann erkennen wir: Deutschland trug damals stets die rote Laterne; Deutschland war der Defizitsünder in Europa. Die Auswirkungen der Fehler von damals spüren wir auch heute noch, gerade wenn es um die Staatsschuldenkrise geht: Ihre damaligen Verstöße gegen die Vereinbarungen im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion sind ein Problem, mit dem wir heute kämpfen müssen. Es ging hier nicht um irgendeine einfache Regel, sondern um den Stabilitäts- und Wachstumspakt, um die Wirtschafts- und Währungsunion und damit um die zentrale Rechtsordnung, die sich die Europäische Union auf dem Weg zu einem gemeinsamen Europa gegeben hatte. Sie haben den Pakt damals gebrochen, und wir haben heute die Probleme damit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Bettina Hagedorn [SPD]: Das ist doch Quatsch! – Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Wir haben doch Reformen gemacht!)

Sehen Sie sich doch bitte einmal das Protokoll der Debatte vom 21. Oktober 2004 an und lesen Sie die Reden der Unions- und der FDP-Politiker nach. Sie werden erkennen, was ihre Prognosen waren, und sie sind genau so eingetreten.

Frau Kollegin Petra Merkel, ich halte es für bedenklich, wie Sie als Haushaltsausschussvorsitzende heute